

Rollback durch Kabinett und Kapital. Und wie organisiert sich die Gewerkschaftslinker?

Was hier zu lesen ist:

Warum wir mit diesen Gewerkschaftsführungen keinen Kampf mehr gewinnen können.....Und mit uns selber aber auch nicht.....Warten wir auf bessere Zeiten, die es nie wieder geben wird?.....Welche Strategie legen wir uns zurecht? Kapitulation auf Raten oder lieber gleich die bedingungslose Kapitulation, das heißt die 48 Stundenwoche, ALG II für alle und Rente mit 70?.....Und wenn wir, die Gewerkschaftslinker prädestiniert sind, gegen dieses Horrorszenario Widerstand zu leisten, warum sind wir dann kollektiv nicht präsent?.....Warum ein lahmer linker Arm (die Gewerkschaftslinker) am kranken Gewerkschaftskörper eine völlig nutzlose Apparatur ist.....Warum es sinnvoll ist, die sinnvolle Forderung nach politischen Forderungen aufzustellen und wie schwer es ist, dabei AnhängerInnen zu finden...

STREIKS MIT EINGEBAUTER ROLL-BACK GARANTIE

Es wird/wurde 2006 so lange und so viel gestreikt wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Frank Bsirske sagte kürzlich in einer Aussprache mit Streikenden in Hamburg: Er habe noch nie einen Streik erlebt, der nicht mit einem Kompromiß geendet hätte. Wohl wahr. Nur bedeuteten Kompromisse früher immer mehr Lohn und weniger Arbeitszeit. Alle Kompromisse heutzutage bedeuten Verschlechterungen und Rückzug. Was Bsirske nicht sagte: Wenn verdi mit 38,5 Stunden als Ausgangslinie in die Auseinandersetzung geht, dann liegt nach der Bsirske-Logik das Ergebnis zwischen 38,6 Stunden und 39,9 Stunden. Nach Stoibers Logik wären schon diesmal 42 Stunden pro Woche gut gewesen. Da es nicht 42 Stunden waren, ist es für die Gewerkschaftsführer ein Erfolg, bedingter Erfolg, großer Erfolg, je nach Gemütslage.

Nach der offiziellen Gewerkschaftslogik *kann* also nicht die 38,5 Stunden-Woche bewahrt werden. Es wird den Streikenden zugemutet, für eine Arbeitszeitverlängerung zu kämpfen. Hinzuzufügen ist: und für einen TVÖD, der Verschlechterungen wie Leistungsprinzip und Meistbegünstigungsklausel mit sich bringt. In diesen fußballverrückten Wochen fällt mir natürlich nur ein entsprechender Vergleich ein: Wenn wir von einem Trainer erfahren würden, der seiner Mannschaft Anweisungen gibt, wodurch ein Spiel nur zu verlieren ist und als das Spiel wirklich mit 1:2 verloren geht, diese Niederlage dann als Erfolg bezeichnet, weil das Spiel ja noch viel höher hätte verloren gehen können, wie würden wir dann urteilen? Was für ein Trainer? Und warum macht die Mannschaft das mit, wo sie vielleicht bei ihrer eigenen Spielweise hätte unentschieden spielen können oder sogar gewinnen? Wahrscheinlich ist des Rätsels Lösung: Die Mannschaft vertraut dem Trainer, weil sie bisher die weitaus meisten Spiel gewonnen hat.

In den Streiks war also von Anfang an eine rollback-Garantie für Kabinett und Kapital eingebaut. Wenn eine „bescheidene“ Forderung gestellt worden wäre, z.B. die Erreichung der

38 Stundenwoche (und die Zahl der dabei zu schaffenden Arbeitsplätze argumentativ hinzugefügt hätte), hätten die Streikenden ein positives Ziel gehabt. Und es wäre signalisiert worden: Der Weg der Gewerkschaften geht weiter in Richtung 35 Stundenwoche! Jetzt stand nur die Alternative: *Wie* tief schneiden wir uns eigene Fleisch (und *wieviele* Arbeitsplätze werden vernichtet). Eine makabre Zielstellung, die gleichzeitig entlarvend für die Streikstrategen der verdi-Führung und für die Mitglieder ist, denn es zeigt den Bewußtseinszustand der Beschäftigten/Streikenden, die ihre Köpfe noch nicht frei haben, sonst hätte es von Anfang eine helle Empörung angesichts dieser Streik-“Strategie“ gegeben. Gleichzeitig ist die rollback-Strategie der verdi-Führung auch ein weiteres Signal an die Gegenseite (wie es das Pforzheimer Abkommen von 2004 der IGM schon war): Wir gehen ja zurück, aber laßt uns das Gesicht wahren vor den Mitgliedern und laßt uns unsere Rolle als Sozialpartner. Der rote Bereich wäre in diesem Konflikt der Wille der Länder- bzw. Kommunenseite gewesen, einen Abschluß zwischen 40 und 42 Stunden die Woche zu erzielen. Das hätte dann allerdings das Risiko von starker Empörung, Solidarisierung von Seiten der IGM, Gefährdung der Großen Koalition bedeutet. Deshalb wird die 40-42 Stundenwoche erst nächstes mal ernsthaft auf den Tisch gebracht!

Jetzt, nach den Streiks, ist noch kaum Kritik an der eingebauten rollback-Strategie zu hören. Noch überwiegt der Stolz auf die eigene Leistung, den ein-, zwei- oder dreimonatigen Streik überhaupt durchgestanden zu haben. Der berechnete Stolz der Streikenden wird von den Gewerkschaftsführungen benutzt, einen Mythos vom *allgemeinen* Erfolg zu spinnen. Wir brauchen jedoch einen klaren Blick dafür, daß nur das Durchhalten der relativ kleinen Anzahl der Streikenden was Positives, Zukunftsweisendes war, das materielle Ergebnis jedoch eine Niederlage, eine weitere Stufe zu Arbeitszeiterhöhung und Lohnabbau.

ERST MAL SELBSTKRITIK ÜBEN!

Selbst in Baden-Württemberg, mit einer kampfwilligen und erfahrenen verdi-Führung konnte das Ziel, die 38,5 Stunden-Woche zu halten, nicht erreicht werden, obwohl der Streik viel aktiver und ideenreicher geführt wurde als in anderen Bundesländern. Auch wenn Bernd Riexinger, verdi-Vorsitzender in Stuttgart und Umgebung, die Abschlüsse als Erfolg betrachtet, weil die Mehrzahl der Kollegen das so sähen, bleibt als materielles Ergebnis: eine halbe Stunde unbezahlte Mehrarbeit und politisch betrachtet: ein weiteres rollback. Das wichtigste zukunftsweisende Ergebnis unterhalb der rollback-Ebene ist jedoch, wie es Lothar Galow-Bergemann in der jungle-world vom 3.5.06 feststellt: „In den Betrieben sind harte Kerne entstanden, mit denen auch in künftigen Kämpfen zu rechnen sein wird“. Die Streiks dürften in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gelaufen sein. Sind wirklich überall „harte Kerne“ entstanden?

Bernd Riexinger zählt in einem Beitrag im netzwerk-info der Gewerkschaftslinken 10/2006 die in den Auseinandersetzungen zutage getretenen Schwächen auf: die Solidarität der anderen Fachbereiche „hielt sich in Grenzen, obwohl es um eine existenzielle Auseinandersetzung ging. Auch gemeinsame Aktionen mit der IGM und die praktische Solidarität durch den DGB sind vorsichtig gesagt ausbaufähig“. „Obwohl die öffentliche Sympathie für den Streik groß war ... ist sie in keinem Zeitpunkt in praktische Solidarität umgeschlagen.“ Außerdem kritisierte er bereits am 24.3.06 in einem Beitrag für den „Freitag“: „Die linken Kräfte und Aktivisten der sozialen Bewegungen müssen sich kritisch fragen lassen, warum sie in einer solchen zugespitzten und grundlegenden Auseinandersetzung nicht zu mehr in der Lage sind“. Eine Aufzählung, die die Schwächen der Gewerkschaften und der Linken deutlich aufdeckt!

Mir geht es um den letzten Punkt seiner Kritik, wo er sich an „die linken Kräfte und Aktivisten der sozialen Bewegung“ wendet. Dazu gehören wohl auch wir, die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Die Kritik sollte nicht bei den anderen verdi-

Fachbereichen, bei IGM, bei DGB beginnen sondern bei uns selbst! Es gab die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken nicht während des verdi-Streiks, auch nicht während des AEG-Streiks, auch nicht während des gate-gourmet Streiks und jetzt nicht beim CNH-Streik in Berlin-Spandau – obwohl es die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken schon seit acht Jahren gibt. Bernd Riexinger hat kritische Feststellungen getroffen, wir haben nach den Gründen für unsere politische und organisatorische Nichtexistenz zu suchen. Wir nennen uns Initiative und sind nicht initiativ, wir nennen uns Vernetzung und sind nicht vernetzt.

So wenig Gruppen der Gewerkschaftslinken es auch gibt, so wenig Strukturen wir auch haben, so ist es doch mehr als nichts. Der politische Generalangriff von Kapital und Regierung (Agenda 2010), die Ergebnisse der Streiks dieses Jahres sollten derbe Anstöße zur Reflektion für uns sein! Falls wir darauf nicht reagieren, kein ungeduldiger und schöpferischer Geist in die Gruppen und Gremien einzieht, sollten wir uns umbenennen in „Harmlose Linksvariante zur Begleitung des Niedergangs der Gewerkschaften“.

SCHWÄCHUNGS- UND ZERSETZUNGSPROZESS DER GEWERKSCHAFTEN

Die Auseinandersetzungen bei verdi und IGM zeigen, daß die Gewerkschaften merklich geschwächt werden, häppchenweise, aber nicht vernichtet werden sollen. Und für die Schwächung sorgen die Gewerkschaftsführungen mit ihrer Strategie selbst. Sie befördern einen Zersetzungsprozeß, der aus dem eigenen Inneren kommt. Die Gewerkschaften entstanden vor 60 Jahren neu als verrechtlichte und verstaatlichte, als Sozialpartnerschafts- und Mitbestimmungsorgane. Sie bekamen ihre Rolle zugeteilt als Ordnungsfaktor zur Ruhighaltung der Arbeiterklasse. Sie wurden gegründet als marktwirtschaftsbejahende, antikommunistische Organisationen, wie die SPD auch. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften profitierten vom Wiederaufbau und der Gegnerschaft zu den RGW-Staaten. Jedes Jahr konnten Verbesserungen bei Lohn-, Sozialleistungen oder Arbeitszeitverkürzungen herausgeholt werden. Seit einigen Jahren jedoch geben Staat und Kapital nichts mehr zum Verteilen sondern versuchen, im rollback alles wieder zu kassieren. In dieser Situation haben Gewerkschaftsführungen und -apparate nur ihre in den letzten Jahrzehnten verinnerlichten Verhaltensmuster zur Verfügung, Sozialpartner zu sein. Kapital und Regierung ändern die Spielregeln und die Gewerkschaftsführungen stehen hilflos da, sie haben ja auf Sozialpartnerschaft gelernt und nicht auf Klassenkampf. Sie waren Stellvertreter für die Belegschaften, aber auch Stellvertreter des Kapitals. Diese Doppelrolle, dieser Spagat geht nicht mehr.

Die Mitglieder konnten also nie kämpferisch erzogen sondern nur als Objekte der Stellvertreterpolitik geformt werden. Sie sind also ähnlich hilflos wie ihre Führungen selbst. Wenn Gewerkschaftsführer und Linke in den letzten Wochen von „französischen Zuständen“ fabulieren, zeigt das nur, wie weit sie von der Wirklichkeit entfernt sind. In Frankreich gab es nie diese verstaatlichten und verrechtlichten Klassenorganisationen und die Franzosen und Französinen haben seit 1789 öfter mal geübt. In manchen Situationen lernen Klassen allerdings schnell. Es ist keine Prophetie, vorauszusagen, daß AEG und CNH nicht die letzten Betriebe sind, die in Deutschland geschlossen werden und daß bei den nächsten Tarifrunden weiter Löhne abgebaut und Arbeitszeiten verlängert werden sollen, daß die Schraube immer mehr angezogen wird. Auch bei den RentnerInnen, den Erwerbslosen, den Kranken. Also gute Voraussetzungen für schnelle Lernschritte.

UNS NEU ERSCHAFFEN: DIE ERSTEN VIER SCHRITTE

In welcher Rolle befinden wir uns, die Gewerkschaftslinken, in diesem Niedergangsprozeß der Gewerkschaften? Wir sind beides, Teil des Niedergangs um uns herum und gleichzeitig der Antipart. Wir müssen den Menschen die Plattform bieten, Widerstand zu leisten in diesem Niedergangsprozeß. Der verschärfte Druck von Kapital und Regierung wird zur Folge haben, daß die meisten der Betroffenen ausweichen, sich anpassen aber es wird immer einige geben,

die Widerstand leisten wollen. Die Widerstandskerne werden sich in den Betrieben bilden, aus den Kämpfen heraus, vielleicht auch um kämpferische Gewerkschaftssekretäre herum, vor allem aber sollten Gruppen der Gewerkschaftslinken in den größeren Städten gebildet werden.

In der Zeitschrift Neue Internationale vom April dies Jahres werden nun „kampffähige Strukturen“ der Gewerkschaftslinken vor dem Hintergrund des Ausgangs der Tarifkämpfe bei verdi eingefordert, da ein Netzwerk nicht reiche. Wir können jedoch nur vom Bestehenden ausgehen, so unzulänglich es auch ist. Deshalb müssen wir über den Zustand, die Praxis jeder bestehenden Gruppe reden, aus ihren jeweiligen Fehlern, Unzulänglichkeiten oder Erfolgen lernen. Wie hat eine örtliche Gruppe zu arbeiten? Wie gehen wir es an, örtliche Gruppen zu bilden?

Tun wir den ersten Schritt, offenbaren wir gegenseitig die konkrete Praxis jeder Gruppe. Damit sind wir beim zweiten Schritt, die Modelle effektiver Gruppenarbeit zu erarbeiten. Der dritte Schritt wäre dann, daß die Aktivisten der Gruppen, die sich inzwischen kennengelernt haben, die Gruppen vernetzen. Vernetzung ist was Konkretes. Es hieße z.B., bei Streiks wie gate gourmet oder CNH Unterstützungsarbeit zu leisten. Oder auch Seminare auf Bundesebene für die einzelnen Gruppen zu organisieren. Der vierte Schritt wäre dann die Gründung neuer örtlicher Gruppen.

Die kampffähigen Strukturen, wie Neue Internationale es ausdrückt, ich würde eher sagen, arbeitsfähige Strukturen, entstehen nicht durch Beschluß vom Arbeitsausschuß oder der nächsten Jahreskonferenz sondern sind ein Prozeß, tun wir den ersten Schritt.

WASG UND LINKSPARTEI VOM KOPF AUF DIE FÜSSE STELLEN!

Ein abwegiger Gedanke sei erlaubt. Die WASG wurde vor etwa zwei Jahren gegründet. Seit Lafontaine zur Vereinigung von WASG und PDS aufrief, haben sich ca. 16 000 politische Menschen in Westdeutschland in ihnen organisiert. Sie taten es sicher, weil sie glaubten, in der Linkspartei und in den Parlamenten politisch am meisten bewirken zu können. Ich halte das für einen groben Fehlschluß. Zuerst müßte eine politische Basis da sein, daraus folgte dann der Überbau, die Schaffung einer Partei und Mitarbeit in Parlamenten (wobei man selbst darüber noch streiten könnte).

Um auf den Anfang zurück zu kommen. Genau das, die fehlende Basis reklamiert Bernd Riexinger, wenn er die nicht vorhandene (höchstens individuelle) Unterstützung durch Linke und durch die soziale Bewegung beim verdi-Streik in Baden-Württemberg aufzeigt. Was wäre, wenn nun die Aktivisten von WASG und PDS ihre Organisationen vom Kopf auf die Füße stellten und die 16 000 Mitglieder (in Westdeutschland) aufforderten, sich bei der Gewerkschaftslinken zu engagieren und damit die Basis zu schaffen für Solidarität bei den nächsten Arbeitskämpfen, die wieder „existenzielle Auseinandersetzungen“ sein werden?

Die 16 000 Aktivisten, also mal gedacht bei der Gewerkschaftslinken, oder sogar nur ein Teil von ihnen, würde erstmal ausreichen, das einzulösen, was Bernd Riexinger in diesem Arbeitskampf vermißt: Es dürfte genug Druck erzeugt werden können, um der „Solidarität der anderen Fachbereiche bei Verdi“ auf die Sprünge zu helfen, „auch gemeinsame Aktionen mit der IGM und die praktische Solidarität durch den DGB“ wären durch den Druck dieser Aktivisten herstellbar. Dann gäbe es „auch die Unterstützung durch Gruppen und Kräfte der sozialen Bewegung“, wobei es auch in Zukunft mit Gewißheit um „grundlegende gesellschaftliche Konflikte“ gehen wird.. Kann es sein, daß die 16 000 Mitglieder von WASG und PDS (in Westdeutschland) auf der falschen Hochzeit tanzen?

STOFF ZUM LERNEN

Was lehren uns die Kämpfe dieses Frühjahrs in Frankreich, durch die das CPE-Gesetz (Kündigung für Menschen unter 26 Jahren) beseitigt und die Regierung in die Defensive gedrängt wurde?

Parteien und Parlament spielten keine Rolle, die Akteure waren die Studenten, Schüler, Jugendlichen und die Gewerkschaften! Die Musik spielte auf der Straße und in den Betrieben – und nicht in den Parlamenten. Das dürfte in Deutschland nicht anders sein. Statt an deutschen Kaminen dumpf von französischen Verhältnissen zu träumen sollten die Linken wach werden und von den französischen Verhältnissen lernen. Ein gutes Elixier dazu wäre und deshalb sei nachdrücklich darauf hingewiesen die Lektüre von Bernards Schmid's Aufsatz „Ein paar notwendige Anmerkungen zur unterschiedlichen Streik- und Demokultur in Frankreich“. (Nur drei Seiten, einzusehen bei labournet vom 11.4.06).

OHNE PERSPEKTIVE...LÄUFT NICHTS

In jeder zweiten WG hing in den 70er Jahren ein Poster von Gertrud Degenhardt, das einen langen Zug von Menschen zeigte, aus der Geschichte kommend, mit Schildern : 60 Stundenwoche, Kinderarbeit, 48 Stundenwoche, 40 Stundenwoche; die ganz vorn halten ein Schild hoch: 35 Stundenwoche. Etwa zwölf Jahre später wurde die 35 Stundenwoche in der Druckindustrie und im IGM-Bereich eingeführt. Als ich kürzlich dieses Poster in einem Büro von DIDF wiedersah, kam mir die Assoziation: Und jetzt biegt der Zug wieder um, die Gewerkschaftsführer Bsirske, Peters, Schmoldt mit Schildern 39-, 40-, 41-, 42-Stundenwoche vorneweg – ein Marsch in die Vergangenheit. Ein Marsch, der auch noch als Erfolg verabreicht wird.

Spätestens seit Verabschiedung der Agenda 2010 braucht man niemanden zu überzeugen, daß dieser Generalangriff von Kabinett und Kapital ein politischer ist. Die Gewerkschaftsführungen führen die Reaktion auf diesen Generalangriff als „nurgewerkschaftliche“ Auseinandersetzungen. In Deutschland dürfen nur die Gewerkschaftsführungen Streiks führen und zwar nur in Tarifangelegenheiten. Die Beschäftigten dürfen keine eigenständigen Streiks führen. Die Gewerkschaftsführungen und -apparate dürften kaum ein Interesse haben, diese „Privilegien“, die sie nach dem 2. Weltkrieg verliehen bekamen, zu erweitern um das Recht, politische Streiks führen zu dürfen. Ebenso dürften sie kein Interesse haben, daß die Belegschaften selbständiger werden durch das Recht, selbst zu bestimmen, ob gestreikt wird, z.B. bei der Gefahr, daß ihre Firma geschlossen wird. Wer sich nicht auf der gleichen Ebene befindet wie der Gegner, hat schon verloren. Das bedeutet, den Generalangriff von Kabinett und Kapital auf Arbeitszeiten, Lohn- und Sozialniveau als politischen zu akzeptieren und *beginnen* zurückzuschlagen. *Beginnen* heißt, Forderungen aufzustellen wie Mindestlöhne, angemessenes Grundeinkommen und Verteilung der Arbeit auf alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen. *Beginnen* heißt, um diese schlichten, eingängigen Forderungen alle widerstandswilligen Menschen zu sammeln. *Beginnen* heißt, dazu Widerstandsgruppen zu organisieren, ob sie sich nun Gewerkschaftslinke, Sozialforum, euromayday oder sonstwie nennen.

Dieter Wegner. Hamburg, Mai 2006.